

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 90 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Ernst Voersch,
Berlin W. 30, Stebitzstraße 49.

Inserate, die 3 gespaltene Petit-
Zeile 30 Pf.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 7.

Berlin, den 25. März 1900.

4. Jahrg.

Die Gewerkschaftspressen.

Die Bedeutung der Gewerkschaftspressen wird immer größer, ebenso die Verantwortung für die Leitung derselben. Wenn letztere auch in erster Linie von den Redakteuren getragen werden muß, so wäre es doch ein sehr irriger Standpunkt, wenn man dieselben allein für den Inhalt der Gewerkschaftspressen verantwortlich machen wollte. Es ist und bleibt vielmehr die Aufgabe aller Berufsangehörigen, ihr Fachblatt durch Einwendung guter Artikel zu unterstützen und zu den in denselben auftauchenden Fragen Stellung zu nehmen, damit durch eine gediegene Aussprache das Interesse für dieselben geweckt und vertieft wird. Das Tabern ist freilich immer leichter gewesen als das Wesfermachen, womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß nur diejenigen Kollegen das Recht haben sollen, Kritik zu üben, die in der Lage sind, bessere schriftstellerische Leistungen aufzuweisen. Jedenfalls empfiehlt sich aber dann für dieselben eine maßvolle vorsichtige Form der Kritik bei Vermutung jeder oder persönlicher Anzuspaltungen. An solchen Äußerungen liegt auch schon eine, wenn auch negative Art der Unterstützung die von den Redakteuren ohne bittere persönliche Empfindungen angenommen werden kann. Die Hauptfrage liegt jedoch in der positiven Mitarbeit, die aber nicht in Schreibern über gleichgültige Dinge, Wiederholung „oller Kamellen“ oder persönlichen Auseinandersetzungen bestehen darf, sondern in der Weitergabe reicher gewerkschaftlicher Erfahrungen oder in der Mitteilung von Ergebnissen gründlichen Studiums.

Diese Grundzüge werden leider von den Berufsangehörigen nicht immer gewürdigt. „Es ist doch auch mein Blatt“, hört man oft sagen, und deshalb kann ich verlangen, daß meine, in meinen Augen ganz gute Arbeit unverkürzt aufgenommen wird. Der arme Redakteur kommt dann oft in eine böse Zwangslage und — des lieben Friedens wegen erscheint dann mancher Artikel, der im Papierkorb besser aufgehoben gewesen wäre. Wer also die Feder zur Mitarbeit in die Hand nimmt, muß sich im Interesse der Sache auch mit seinen „vorzüglichen“ Aufsätzen dem Redakteur vollständig unterordnen und dem Blaustift desselben volle Freiheit einräumen können. Für die Gewerkschaftspressen, aus der sich bei der Zunahme der Gewerkschaftsbewegung immer mehr Kollegen ihre Grundzüge, Anregung und Belehrung für die Berufsorganisationen entnehmen, ist das Beste gerade gut genug; sie darf keine Lagerstätte für alle möglichen Ergüsse sein, die oft niemanden als den Schreiber derselben interessieren können, viele Leser aber sogar abstoßen müssen. Im Fachblatt darf es auch nicht eine Spalte geben, die etwa die Ueberschrift verdient: „Hier kann Schutt abgeladen werden“, sondern jede Zeile muß eine Förderung der gemeinsamen Sache sein.

Die vorstehenden Äußerungen entnehmen wir einem Artikel der „Graphischen Presse“ und wollen dem heute nur hinzufügen, daß wir ganz gern ein Stück Korrektur und Ergänzungsarbeit auf uns zu nehmen bereit sind, wenn nur reichlicher Beiträge „Der Gewerkschaft“ zufließen würden. Im täglichen Arbeitsverkehr ist so viel zu beobachten und beschreibenswerth, daß es nur an der ungenügenden Mitarbeit fehlt, wenn zu wenig bekannt wird.

Es gibt wohl viele, die im Stande wären, einen Artikel zu verfassen, allein sie fürchten, die Sache nicht recht zu machen. Sie mögen jedoch, des Wortes gedenken: Übung macht den Meister!

Die Gewerkschaftsvorträge.

Oben wird von der „Gewerkschaftspressen“ gesprochen. Ebenso wichtig sind aber auch die Gewerkschaftsvorträge, welche leider nicht immer die Bedeutung erlangen, die sie haben müßten. Woran liegt das? An sehr verschiedenen Ursachen. In dieser Beziehung wird ungemein viel gebüßigt. Man kann ein Disfussionsredner sein, wo es sich darum handelt, eine abweichende oder übereinstimmende Ansicht kurz darzulegen, dabei als Referent aber doch ein langweiliger Schwäger. Viele Worte sind noch kein Vortrag, dieselben werden erst zu einer harmonischen, anziehenden, befriedigenden Leistung, wenn sie gut vorbereitet sind und dadurch dafür gesorgt wurde, daß der Gedankengang einen logischen Aufbau hat und Wiederholungen möglichst unterbleiben. Wie sieht es damit? Im Allgemeinen nicht recht gut! Wohl gibt es einzelne begabte Menschen, welche ohne große Vorbereitung gediegene Vorträge halten können, viele „Referenten“ verlassen sich aber oft ganz allein auf ihre vermeintliche Rednergabe und nehmen an, die Quantität sei gleichbedeutend mit der Qualität. Es muß daher gefordert werden, daß Gewerkschaftsvorträge immer recht gut vorbereitet werden und sich die Referenten der Verantwortung, die mit ihrer Aufgabe verbunden ist, durchaus bewußt sind. Wie viele Berufsangehörigen mögen wohl schon aus den Versammlungen hinausgeredet worden sein? Jedenfalls nicht ganz wenige. Aber nicht nur um den logischen Aufbau, die Wiederholungen und den Aufbau, welcher mit der deutschen Sprache auf dem ständigen Kriegsfuß steht, handelt es sich, sondern um das sogenannte „ewige Eiserlein“. Ohne Zweifel werden sich ein und dieselben Gedanken in vielen Vorträgen wiederfinden müssen; dies darf aber nicht auf die Hörer den Eindruck machen, welcher mit der lakonischen Bemerkung abgethan wird: „Dieser Referent sagt immer wieder dasselbe, so daß es sich nicht lohnt, seine Vorträge regelmäßig anzuhören.“ Wenn nicht nur eine augenblickliche Belebung, sondern eine Vertiefung der Gewerkschaftsfrage das Ziel der Vorträge ist, werden sie trotz aller Grundgedanken stets neue Gesichtspunkte eröffnen, welche sie dann anziehend machen. Es wird eingewendet werden: Die Kollegen haben zur Vorbereitung keine Zeit und die mangelhafte Sprachweise läge allein an der durch die heutige Gesellschaftsordnung verschuldeten geringen Vorbildung. Gut! Dann gebe man dem Referenten eine kleine Entschädigung, damit die notwendige Zeit genommen kann. Dadurch wird auch ganz von selbst eine gewisse Weiterbildung ermöglicht, welche übrigens heutzutage durch unzählige Hilfsmittel erreicht werden kann. Es handelt sich nun aber auch um die Heranziehung von Nichtkollegen als Referenten, da doch die Gewerkschaften gleichzeitig Stätten allgemeiner Fortbildung sein sollen. Hierin werden geradezu unbegreifliche Fehler gemacht. Man glaubt an manchen Orten, daß nur diejenigen Personen herangezogen werden dürften, welche einer ganz bestimmten politischen Partei angehören. Ein verhängnisvoller Irrthum! Dadurch beschränkt man von Haus aus die Zahl der in Betracht kommenden Redner ungemein und muß sich oft mit minderwertiger Kost abfinden, da die verhältnismäßig wenigen tüchtigen Kräfte nicht immer zu haben sind. Es ist doch ein sehr bedenklicher Zustand, wenn einzelne Redner ihre Vorträge fünfzig bis hundert Mal halten müssen und sie dann so geschäftsmäßig

herunterleiern, daß sie auf Niemand mehr Eindruck machen können. Die Gewerkschaften sind unpolitisch, wenn auch sozialpolitisch, und liegt es durchaus im Interesse derselben und ihrer Mitglieder, Referenten ohne Rücksicht auf ihre persönliche politische Parteistellung heranzuziehen, wenn nur ihre Grundanschauung dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung entspricht. Ein erhebliches Maß von Geist, Gelehrsamkeit und Erfahrung wurde wegen dieser Einseitigkeit bisher von den Gewerkschaften ungenutzt gelassen. Die englischen Gewerkschaften, welche uns im Allgemeinen vorbildlich sind, schränken sich in dieser Beziehung nicht ein, sondern holen ihre Referenten und Berater aus allen Kreisen. Hoffentlich wird man innerhalb der deutschen Gewerkschaften bald ebenso klug und sagt sich, daß das Beste für die Arbeiter gerade gut genug sei.

Und nun noch die Vortragsthemen! — Deren Abfassung sei kurz und bündig, bilde geradezu ein Stichwort, wenn es sich um Gewerkschaftsfragen handelt. Muß nach einiger Zeit derselbe Gedankengang wieder in einem Vortrag dargelegt werden, wähle man demnach ein anderes Thema, als vorher, damit die Antwort verstummen muß: „Das habe ich schon gehört!“ Wenn einmal parteipolitische und religiöse Beirübungen ausgeschlossen sind, so handle man auch bei Abfassung der Themen und dem Inhalt der Vorträge darnach, inwiefern was an einer Stelle im Verein „gebeßert“, an anderer Stelle verdorben werden. Die vielen Austritte aus den Gewerkschaften und die Jaghaftigkeit beim Eintritt in dieselben hängt nicht selten mit der geringen Beachtung dieser Grundzüge zusammen. Für die Gewerkschaften bleibt auf wirtschaftlichem Gebiete, sowie dem der Ausbildung und Pflege der Kollegialität und edler Geselligkeit ein großes Feld der Thätigkeit, das noch lange nicht genug bearbeitet ist. Die Kenntniss historischer Vorgänge ist ebenfalls sehr wichtig, da die Geschichte immer die beste Lehrmeisterin war und sein wird, auch die Aufklärung über nuzgeleitete Entdeckungen und Fortschritte in der Kulturbewegung, insbesondere auf technischem und naturwissenschaftlichem Gebiete, nicht zum Mindesten aber die Belehrung auf dem des eigenen Berufes, müssen stehende Kapitel bei Festlegung der Themen sein. Mit einem Wort, System muß in der Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben bei allen Vorträgen liegen, die in den Gewerkschaften gehalten werden, und deshalb: Ausmerzung des Kleinlichen, Niedrigen, Einseitigen bei voller Zeithaltung klassenbewußter Thätigkeit, dafür aber: Emporhebung der Gewerkschaften auf ein hohes Niveau, damit sie eine Elitetruppe der Zivilisation werden. Schließlich muß freilich auch manchen allzu anspruchsvollen Gewerkschaftsmitgliedern nahegelegt werden, mit ihren Forderungen maßvoll zu sein und daran zu denken, daß Gewerkschaften weder Hochschulen noch Vergnügungsvereine sind. Dennoch ist ein Fortschritt sehr wünschenswerth und sollen obige Ausführungen dazu verhelfen, die Darbietungen in den Gewerkschaften mit noch größerem Ernst als bisher zu behandeln, um billigen Ansprüchen einigermaßen zu genügen. („Graph. Presse.“)

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Herbrandstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 30, Stebitzstraße 49.** Vom 1. April ab **Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25, Portal III.** Sprechst. von 9—1 Uhr.

Verbandsassistenten: P. Pöschel, Berlin N. 56, Erckowstr. 18. Alle Korrespondenzen, Anfragen etc. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen sind nur an den Verbandsassistenten zu richten.

Vorsitzender des Ausschusses: E. Volkmann, Berlin N., Rykestr. 22.

Schaumachung.

In seiner letzten Sitzung beschloß der Verbands-Vorstand, an Stelle der Mitgliedsarten wieder Mitgliederbücher anzuschaffen. Diefelben werden den Filial-Vorständen in der Mitte dieses Monats zu gehen. Da diese Mitgliedsbücher für die gegenwärtigen Mitglieder keine Hauptnummer haben, so sind die alten Karten-Nummern in die neuen Bücher zu übertragen. Nur ein Mitglied auf seiner Karte die Hauptbücher-Nummer 8500, so ist diese selbe Nummer in das neue Mitgliedsbuch zu übertragen. Die Hauptbuchnummern bleiben also die alten, da sonst in der Stammtafel des Verbands Vorstandes Unrichtigkeiten entstehen würden. Die laufende Nummer wird von der Filiale selber festgelegt. — Für neu eintretende Mitglieder sind von dem Verbands-Vorstande besondere Mitgliedsbücher zu beziehen, welche in Besitz der Hauptbuch-Nummer nummeriert sind.

Mit der Bucherichtung gehen den Filiale-Vorständen gleichzeitig die Abrechnungformulare für das 1. Quartal 1900 zu. — Sollte es den Filiale-Vorständen nicht möglich sein, in den ersten Tagen des Aprils die Abrechnung fertig zu stellen, so bitten wir das an den Verbandsassistenten abzuführende Geld, wenn auch schliesslich nur zum Teil, bis spätestens am 2. April an den Verbandsassistenten einzusenden. Die bevorstehende General-Versammlung verursacht extraordinäre Ausgaben. Wir müssen den Delegierten die Fahr- und Zehrgelder vorher, wenigstens zum Teil, zustellen. Damit wir nun nicht in Folge unvorhergesehener Fälle in Kalamität geraten, bitten wir um Erfüllung unseres Wunsches.

für den Verbands-Vorstand.
Dr. Pöschel.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Arbeiter und Unterangestellten der städtischen Betriebe hielten am Mittwoch, den 7. März, bei Stecher, Andreaskirche, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Bruno Bösch behandelte das Thema: „Wie stellen wir uns zur Einführung von Arbeits-Ordnungen, Arbeiterauschüssen und Rindigungsstellen und zur Nichtbeachtung unserer Petition, betreffend Einführung eines Sommerurlaubs letzter des Magistrats?“ Redner legte Namens des Ausschusses der vereinigten Berliner Filialen den Verammelten eine Eingabe an den Magistrat vor, welche fordert, für alle einen Lohn von weniger als 2000 M. beziehenden und nicht Beamtenqualität besitzenden städtischen Arbeiter und Unterangestellten Arbeitsordnungen zu erteilen. Der Referent begründete ausführlich das Verlangen. Zwar seien die meisten städtischen Betriebe nach bereits ergangenen Entscheidungen nicht als gewerbliche im Sinne der Gewerbe-Ordnung anzusehen; die herrschenden Verhältnisse ließen es aber dringend geboten erscheinen, die geringen Vorteile dieses Gesetzes auch den städtischen Arbeitern zu Teil werden zu lassen. So befänden z. B. Arbeitsordnungen in den meisten städtischen Betrieben überhaupt nicht. Anstatt sich ein Beispiel an anderen, besonders süddeutschen Städten zu nehmen, welche für ihre Arbeiter Rindigungsstellen eingeführt haben, schaffe die Stadt Berlin diese noch in den wenigen Fällen, wo sie bestanden, nunmehr ab. Ferner müßten die Löhne nach bestimmten Stufen festgelegt sein, das nicht, wie bisher, Günst und Ungünst der unteren Aufsichtsbüroorgane hierin maßgebend seien. Das Strafverfahren müsse aufhören und dem § 134. Abs. 6 der Gewerbeordnung angepaßt werden; seien doch Strafen, wie achtstündiges Aussetzen und ähnliches nichts Seltenes. Darum müßten die Arbeiterauschüsse in solchen Fällen ein letztes Wort mitreden. Diese Ausschüsse seien überhaupt eine zwingende Notwendigkeit; sie müßten aber auf gefundener Basis ruhen, als die weniger tiefer bestehenden, die nur ein jämmerliches Ausschattungsbild seien. Um schliesslich dem Zustande ein Ende zu machen, daß in einem Betriebe langjährige Arbeiter angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen, in anderen aber neue Arbeiter zur selben Zeit eingestellt werden, wird gefordert, wie es in Stuttgart eingerichtet ist, eine Arbeitsnachweisstelle einzuführen. Neuanstellungen müßten aus den in Berlin und in den Vororten wohnenden Arbeitern entnommen werden; nicht, daß nach der Praxis des einen Herrn Ingenieurs verfahren werde, der gefragt habe, ihm seien die Berliner zu schlau, er stelle nur noch Auswärtige ein. Redner schloß mit einem lebhaften Appell an die Versammelten, der Organisation beizutreten, wenn dem Magistrat eine energische und geschlossene Arbeiterschaft gegenüberstehe, werde er sich gewinnungen fühlen, deren berechtigten Wünschen mehr Entgegenkommen zu zeigen wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprach Stadtverordneter Hinge. Er stimmte den Ausführungen des Referenten bei und sicherte den vorzutragenden Wünschen die thätigste Unterstützung der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu. Schliesslich wurde die vorgeschlagene Eingabe angenommen und beschlossen, dieselbe zur Unterschriften-Sammlung in den städtischen Betrieben zirkulieren zu lassen und sie so dem Magistrat zu übermitteln.

Dem zweiten Teil des Themas, die Nichtbeachtung der Petition über die Sommerurlaubsfrage betreffend, war eine Resolution eingegangen, die ohne Diskussion unter lebhafter Zustimmung einstimmige Annahme fand:

Die Versammelten sprechen ihr lebhaftes Bedauern

darüber aus, daß der Magistrat auf die im August des vorigen Jahres an denselben bezüglich des Sommerurlaubs gerichtete Petition bis zur Gegenwart keinen Bescheid erteilt hat.

Die Versammelten meinen, daß sie durch ihre langjährige Thätigkeit im Dienste der Stadt sich so viel Rechte erworben haben, daß der Magistrat ihnen auf ihre beschiedene Eingabe wenigstens einer Antwort würdige.

Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen die Berachtung der städtischen Arbeiter, welche durch die Nichtbeantwortung der Petition zum Ausdruck kommt.

Charlottenburg. Am 23. Februar wurde von der Filiale Charlottenburg des Verbandes der in Gemeinbetriebenen beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale der Gumbrius-Bräuererei einberufen.

Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, sah sich der Vorsitzende Koppitz veranlaßt, einigen Höheren und auch Unterbeamten das Verbandslokalium zu verweisen, da sich dieselben als Mitglieder nicht legitimieren konnten.

Nachdem die betreffenden Herren den Saal verlassen hatten, erteilte der Vorsitzende dem Referenten, Herrn Dr. P. Köfeler, das Wort zu seinem Vortrag über das Thema „Das deutsche Proletariat vor 1850“.

Der Vortragende schilderte in recht spannender Weise die Entwicklung des Proletariats und führte etwa folgendes aus. Schon zur Zeit der Reformation seien kleine Bauerngehörungen vorgekommen. Die Bauern, welche dem Rittertum und den Geldprogen in slavischer Leibeigenschaft auf Gnade und Ungnade Frohndienste leisten mußten, wird das Unwürdige ihrer Lage klar und sie erhoben sich in ohnmächtiger Wuth gegen ihre Feinde, werden aber wieder niedergebückt, da ihre Organisation zu gering und schwach ist. Ebenso ergab es aber auch den Rittern selbst, welche aus Habguth und Leidenschaft gegen ihre Unbesessenen Stellung nahmen; denn gerade durch die Reformation erwachten den Fürsten große wirtschaftliche und finanzielle Vortheile. Auch das goldene Handwerk litt um das Jahr 1525 unter dem Druck der Zeit. Namentlich traten immer schärfere Gegensätze zwischen den Meistern und den Gesellen zu Tage, denn der Meister blickte sich weit erhaben über den Gesellen und Meister konnte nur verjeigte Geselle werden, welcher verwandtschaftliche Beziehungen zu dem Meister hatte. Oder aber, starb der Meister und der Geselle verpflichtet sich, die nun vermittelte Meisterin zu ehelichen, so wurde ihm das Meisterdiplom unter den damals üblichen Traktaten zu verleiht. Im weiteren Verlauf der Jahre, zur Zeit des dreißigjährigen Krieges, erwidert im Vogobündenthum ein beängstigender Aufschwung, hervorgerufen durch die Gräueltaten des Krieges und die ägellose Landeswirthschaft. Ebenso treten durch die Revolution in Frankreich auch in Deutschland trafe Gegenstände zu Tage und die r-gierenden Fürsten treten während dieser Zeit das linke Rheinufer ab. Im Jahre 1806-7, die Demüthigung von Deutschland, gehen die Länderrecken nicht der Erde an Frankreich verloren und auch die Stellung Magdeburg erlitt sich. Erst durch General Stein, Scharnhorst, Boyen und Arzumschütz Schoen, wird die Städteordnung und die Gewerbefreiheit, wenn auch noch in mangelhafter Weise geschaffen. Die Bauern werden dadurch, daß sie ihr Land unentgeltlich abtreten, von der Leibeigenschaft befreit, und führen ein kümmerliches Leben als heillos Proletariat. 1820 erheben sich die Leinewerker in Schlesien, die niedergebückt durch die Feudalherrenschaft, bei einem Hungerlohn der bittersten Noth ausgelegt sind. Der Verdienst von 4 Silbergrößen für die ganze Familie pro Tag reichte nicht hin, daß sich die Kerminen ein eigenes Heim gründen konnten, sondern sie mußten in primitiven Katakomben auf Heuboden lagern. Namentlich sind die Obrder Zwanziger als Blutsauger in den größten Jahren geschildert. Diese Zustände reichten bis zum Jahre 1848. In diesem Jahre, das Revolutionsjahr genannt, blickten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse. Dem Volke wird das allgemeine freie und gleiche Wahlrecht zum Landtage erwährt und das Kommunalwahlrecht, leider in beschränkter Weise, gestattet. Nach einflüßigem Vortrage schloß der Redner.

Veider ist immer noch zu bebauern, daß ein großer Teil der Mitglieder es nicht für nötig hält, die Versammlungen fleißiger zu besuchen, denn denselben entgeht ein wissenschaftlich dargebrachter Genuss.

In gebührender Wahl werden sodann die Delegirten gewählt. Es erhielten Schmiedecke 18, Koppitz 23 und Schade 8 Stimmen. Gewählt sind: Koppitz und Schmiedecke.

Die statutenmäßige Mitgliederversammlung der Filiale Charlottenburg fand am 6. d. d. d. ebenfalls statt.

Vorsitzender Koppitz eröffnet um 9 Uhr die Versammlung und theilt den Anwesenden das Resultat der Delegirtenwahl mit. Die Versammlung hat gegen die Wahl der beiden Kollegen nichts einzuwenden. Nur Kollege Vange hat unbedeutende Dementen vorzubringen, dieselben werden ihm jedoch vom Kollegen Schmiedecke widerlegt und erklärt sich demzufolge auch Kollege Vange zufrieden-gestellt.

Sodann referirt der Vorsitzende über die mangelhafte Vertheilung des Verbandsorgans. Es entspinnt sich über diesen Punkt eine recht lebhafte, jedoch weit auseinander-gesetzte Debatte.

Kollege Damm schlägt den Versammelten vor, Zeitungsberichte einzubetten und zwar mit der Maßgabe, daß sich mehrere Kollegen mit dem Austragen der „Gewerkschaft“ betrauen, und daß sich die betreffenden Kollegen die „Gewerkschaft“ vom Kassier Strahl abholen und sie dann in den Revieren vertheilen, so daß jeder die „Gewerkschaft“ empfangen muß. Die Mitglieder sind mit dem Vorschlag sehr zufrieden und geben ihre Zustimmung dazu. Es melden sich fogleich einige Mitglieder, welche vorläufig für ein Quartal das Austragen der „Gewerkschaft“ übernehmen wollen.

Um 10 1/2 Uhr schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Magdeburg. Sonntag, den 4. März, fand hier eine Mitgliederversammlung der Filiale III (Berkfasser- und Wasserwerkgebäude) statt. Zum Schriftführer wurde Kollege Schüttenfeldt gewählt, da Kollege Vichten in Folge seines Arbeitswechsels den genannten Posten niedergelegt hatte. Zu Bestigern bestimmte man die Kollegen Votto und Frick. Zu Revisoren wurden Nietz und Frick ernannt. Hierauf erhielt der Vertrauensmann 7,50 M. bewilligt.

Zwei erkrankte Kollegen waren um eine Unterstützung eingekommen. Das eine Gesuch wurde als berechtigt anerkannt und dem betreffenden Kollegen 20 M. bewilligt, während das andere einstimmig abgelehnt werden mußte. Dann beschloß man, sich an dem Stiftungsfest zu betheiligen.

Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. des Monats bei Albert Vater, Knochenbauerei 27/28, statt.

Mannheim. Am 23. Januar 1900, Nachmittags 1/3 Uhr, tagte im „Karpfen“ eine öffentliche Versammlung aller städt. Arbeiter, die sehr gut besucht war.

Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lage der städt. Arbeiter und die neue Arbeitsordnung. Referent: Arbeitersekretär Rosenfeldt. Die Versammlung wurde punkt 3 Uhr durch Kollege Sotta eröffnet. Bei der Wahl eines Bureau's wählte man Kollegen Sotta zum 1. Vorsitzenden, Kollegen Alben zum 2. Vorsitzenden und Kollegen G. L. Schäfer zum Schriftführer. Darauf ergeht der Referent, Genosse Rosenfeldt, zu seinem Referat das Wort. Derselbe führte folgendes aus: Es seien zwar durch den neuen Vobntar Verbesserungen festgelegt worden, aber dieselben sind vielfach bisher nicht zur Durchführung gelangt. Es herrsche unter den städt. Arbeit in die größte Inaktivität, welches wohl dafür den Beweis liefere, daß manches sehr faul sein müsse. Trotzdem unsere Stadt eine der größten Arbeitgeber ist, trotzdem Lebensmittel und Wohnungen sich sehr norm vertheuern haben, sind noch Tagelöhne von 270 M. aufzuweisen. Städtische Betriebe sollten Vobntarbetriebe sein, allein dieses ist in N. nicht der Fall. Redner wies stattdessen nach, daß andere Städte, z. B. Karlsruhe, Cannaftadt und Zürich für städt. Arbeiter besser geforgt haben, als die Kommune Mannheim. Es sei absolut nicht richtig, daß Mannheim in Bezug auf die Stellung der Arbeiter an der Spitze marschiere. Andere Städte hätten schon längstens für ihre Arbeiter Pensionsklassen eingeführt, Mannheim dagegen noch nicht.

Nicht einmal kämen stadttrübliche Beschlüsse zur Ausführung. So erhalten Mannheimer städt. 3,90 nur 3,80 Mark. Die Kanalarbeiter bekommen jetzt 21 Pfennig pro Tag weniger, als dieselben vor Einführung des neuen Vobntars erhielten!

Der Referent bezeichnet es dann als besonderen Mifftand, daß der Vobntar nur als allgemeine Richtschnur, aber nicht als verbindende Vorschrift gedacht würde. Das müßte unter allen Umständen anders werden. Ferner seien durch die neue Arbeitsordnung zwar Vergünstigungen festgelegt, deren Annahme aber für die Arbeiter geradezu Entwürdigungen hätten und dem Bettel sehr gleichen. Man könne für Wohlthätigkeits-einrichtungen nur dann eintreten, wenn den Arbeitern ein Redteanspruch an diese zugesichert würde. Die neue Arbeitsordnung mache jedoch die Vergünstigungen von dem Gutdünken der Verwaltungsbeamten abhängig. Der § 28 spreche z. B. aus, daß der Lohn in Krankheitsfällen nur unter gewissen Voraussetzungen fortgezahlt werden könne, ähnlich der § 30. Verbesserungen sollen erst nach 5 Jahren erfolgen, ein Zeitraum, welcher viel zu lange sei. In anderen Städten erfolgten solche schon nach 3 Jahren. Wenn man glaube, daß Mannheim eine große Menge alter Arbeiter beschäftige, so sei diese Annahme eine sehr irrige.

Zu den meisten dieselben städt. Arbeiter brauche man nur gesunde und kräftige Arbeiter. Für ältere Leute be-antworte er die Errichtung einer besonderen Vobntar-kasse. Referent verurtheile also den § 5 der Arbeitsordnung in sehr scharfer Weise, welcher den Arbeitern und dessen Ehefrauen eine Lebensversicherung unterlage. Wegen willkürliche Entlassung sei den Arbeitern keine Garantie gegeben, auch dann nicht, wenn dieselben schon seit Jahren sich im Dienste der Stadt befänden.

Referent machte am Schluß seines Referates, welches mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, die anwesenden städt. Arbeiter sollten ihre Organisation ausbauen und zu einer leistungsfähigen herandulden.

Der anwesende Herr Stadtrat Vogel (Demokrat) führte in sehr sachlicher Rede folgendes an:

Die vorgebrachten Klagen zerfallen in zwei Abtheilungen. Diejenigen von allgemeiner Natur könnten nur von stadttrüblicher Seite abgelehnt werden. Jedoch konnte man Einzelbeschwerden mit neueren Angaben und zuverlässigem Material den Stadtverordneten sofort überreichen. Die Beamten, denen die Durchführungen der neuen Bestimmungen obliegen, seien eben auch Menschen, die Fehler hätten. Man solle es absolut nicht dem bösen Willen derselben zuschreiben, falls nicht alles klappe. Wenn die Kanalarbeiter jetzt weniger Lohn hätten als früher, so sei dieses ein Fehler. Ausdrücklich habe der Stadtrat bestimmt, daß kein Arbeiter durch den neuen Tarif geschädigt werden solle. Wenn der Referent meinte, daß Arbeiter um Vergünstigungen betteln müßten, so erkläre er: Daß dieses nicht sein dürfe. Was der Referent meinte, habe der Referent nicht gemeint. Auch sei die fernere Zeit von Herrn Oberbürgermeister ausgeprochen Erklärung, daß auf Jahre hinaus werden die Vobntararbeiten städt. Arbeiter abgelehnt werden müßte, nicht ernst zu nehmen. Wegen willkürliche Entlassung nach bestimmter

Dienstzeit (10 Jahren) würde in dem Statut der zu richtenden Pensionstafel für die Pensionen vorgesehen.
Sobald kamen 35 Redner zum Worte, welche aus allen Fächern der Arbeiter und Mithilfen der Arbeiter der anwesenden Stadträte (Genosse Harber, Dreesebach und Stadtrat Vogel) trachten und auch teilweise von denselben entgegenkommen münden. Ferner wurde es als ein besonderer Wunsch bezeichnet, daß die Feuerleiter bei ihrem Anzuge im Feuerhause statt 1,90 nur 1,80 Mk. erhalten und erst nach 12 Wochen bis zu dem Lohn von 1,90 Mk. aufsteigen.

Weiter klagte man darüber, daß die Herren Reffort-Hoff nach unten hin die Löhne abrundern, um später mit großer Sparfamelei glänzen zu können. Enternungsarbeiten von den Stadtrath und Bürgermeister betr. Lohn-erhöhung, Beschwerden u. auf die lange Bank geschoben. So sei auf eine Beschwerde (der Stadtrath) vom 21. Oktober 1899 bis heute noch keine Antwort erfolgt. Ebenso wurden sehr zahlreiche Beschwerden über die Günstlingswirtschaft in allen Nestoren, oft in sehr energischer Weise, vorgebracht. Ein Straßenkehrer erhält trotz 11jähriger Dienstzeit den Lohn von 2,70 Mk. v. Tag. Stadtr. J. M. r. s. führte insbesondere die sehr traurige Lage der städtischen Straßenkehrer an und beantragte auch, daß in dieser Arbeiterkategorie eine Günstlingswirtschaft herrsche, in dem ein gleicher Lohn auch hier nicht ausbezahlt werde. Der Eine habe 2,50, der Andere 2,70, und wieder Andere hätten 3 Mark, trotzdem alle die gleiche Arbeit verrichten hätten. Die Behandlung der Arbeiter sei eine miserable. Vor allem seien Anträge betr. Abhilfe der erwähnten Missethate zu stellen.

Stadtrat Dreesebach schloß sich den Ausführungen des Stadtrates Vogel an. Schon im Jahre 1896 hätten die städtischen Vertreter unserer Fraktion die Erhöhung der Löhne für städtische Arbeiter beantragt. Genosse Harber wollte schon damals die Bezahlung der Feuertage eingeführt haben, jedoch seien diese noch nicht eingeleitet worden. Der Mindestlohn sei 1896 auf 2,50 Mk. festgesetzt worden.

Zu Jahre 1897 sei der Stadtrat zu neuen Unterhandlungen bewogen worden, deren Resultat der neue Lohnsatz ist. Wollte zwei Jahre lang es gebaut, bis nach mühsamer Arbeit etwas erreicht wurde. Der Mindestlohn sei auf 2,70 Mk. festgelegt; eine bestimmte Lohnstufe ist aufgestellt. Es würden Feiertage bezahlt, Ferner werde auch Ueberstunden- und Nacharbeit extra vergütet. Dann würde auch der Lohn in Krankheitsfällen, in bestimmter Höhe, gezahlt; ähnlich liege die Sache bei den Arbeitern, die zu Friedensbedingungen einberufen worden. Dieses Alles seien wertvolle Verbesserungen zu nennen. Ferner sei ein Sterbegeld festgesetzt worden. Die Bemerkung des Stadtrates, daß auf die nächsten Jahre keine weitergehenden Forderungen erfüllt werden könnten, sei nur eine Phrase, welche bei den Arbeitern nicht immer gebraucht werde. Die Arbeiter hätten das Recht, Forderungen zu stellen, und ebenso würden die städtischen Vertreter unserer Fraktion verlangen, jederzeit dieselben durchzusetzen. Ob dies jedoch gelingen werde, sei eine andere Frage. Die Arbeitervertreter im Rathhause ständen auf Seiten der Arbeiter. Durch Anbringen der Beschwerden in heutiger Versammlung sei nichts erreicht. Es müßte die Aufgabe der Organisation sein, diese entgegen zu nehmen, zu untersuchen und den Arbeitnehmern zu unterstützen. Ferner ging abdann auf Einzelbeschwerden über und warf sodann die Frage auf, warum die Arbeiter überhaupt bei der Stadt Beschäftigung suchen. Er glaube nicht wegen Lohnhöhe, sondern wegen der Lebensstellung. In städtischen Betrieben könne der Arbeiter nicht auf Plaster geworfen werden, wenn derselbe nicht mehr brauchbar ist. Dreesebach führte unter anderem noch an, daß er bei der Ausarbeitung des Gehaltsvertrages besonders darauf hingewiesen habe, daß Arbeiter, welche im Vollbesitz ihrer Gesundheit in den Betrieben eingestellt wurden, den Lohn auch dann fortbezahlt erhalten, wenn dieselben nicht mehr die vorigen Arbeiten verrichten können. Die Gehaltsordnung sei nur dahin zu verstehen, daß derselbe nur während nach unten, aber keine Regulierung der Löhne nach oben sein sollte.

Stadtrathverordneter J. Ulmer wies statisch nach, daß trotz Lohnregulatur und Arbeitsordnung nur nach Genuß fast allen Nestoren die städtischen Arbeiter bezahlt werden. Ferner wies derselbe auf die Missethate im Zusammenhang mit, führte verschiedene Fälle an (Fall Keller und Weibert) und bewies, daß auch hier der Nestor nicht richtig behandelt habe. Größtentheils seien aber derartige Fälle nur den Nachschickalen der Unterbeamten zu veranlassen. Eine Stadt, welche sich erlaube, ihren Arbeitern Lebensbedingungen zu unterlegen, sollte auch ihre Arbeiter danach bezahlen.

Roller Alhelm unterwarf das Verhalten des ersten Sachmeisters einer sehr scharfen Kritik, weil letztere Arbeiter im Alter von 32 Jahren für zu alt gehalten werden, um Feuerhausearbeiten verrichten zu können. Ferner wies Alhelm darauf hin, daß sämtliche Arbeiter bereits beschlicher Einführung der neuen Arbeitsordnung mit Erfolg demonstrieren hätten, und sucht er Hoffnung aus, daß eine Regulierung der Löhne mit Wirkung bis 1. April 1900 erzielt werde.

Regale Sotta findet die gegenwärtige Lage der städt. Arbeiter auf einem sehr traurigen Niveau. Redner nennt einen Missethate, daß von städtischen Seite den Gehaltsverträgen das Neugeldrecht entzogen wurde. Trotz Lohnzulage von täglich 10 Pf. erlitten diese Arbeiter einen mehr als vierfachen Verlust. Dann werden den Subalternen immer Strafen von 3 Mk. verhängt, dem das neue Regulativ das Gegenstück besetzt. Ferner sind dieselben eine halbe Stunde von 5 Stunden zu kurz, und würden eine Einschränkung der Arbeitszeit durch die Stadtrath Genosse Harber stellen den Antrag, eine behutsame Aufnahme der Beschwerden anzustellen zu

lassen. Dieser Antrag wurde in Folge eines Gegen-Antrages von Alhelm abgelehnt. Der Antrag Alhelms lautet:

Die Beschwerdelisten sind in der Organisation resp. in allen Zahlenlisten anzustellen zu lassen und dann nebst genauer Angabe der Lohnverhältnisse dem Stadtrath behufs Regelung zu übermitteln.

Nachdem die Rednerliste vollständig erschöpft war, erhielt der Referent, Genosse Katenstein, das Schlußwort. Derselbe erklärte nochmals, daß sämtliche Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung sehr zweifelhaft erschienen und erücht den Stadtrath, daß dieselben nochmals interpretiert werden möchten. Ferner wies Redner besonders darauf hin, daß den städtischen Arbeitern auch in Zukunft das Reallohnrecht gewährt bleibe, dieselben möchten daselbe auch nun im weitesten Maße benützen. Es sei Pflicht jedes städtischen Arbeiters, seiner Organisation anzugehen, zumal die Angehörigkeit zu derselben ohne Gefahr ist. Hierauf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die am 28. Januar 1900 im Saale der Restauration zum Karpen tagende und von über 400 städtischen Arbeitern besuchte Versammlung erklärt: 1. Es ist unbedingt erforderlich, die in den Arbeits- und Lohnordnungen festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen unbedinglich in allen städtischen Betrieben zur vollen Durchsührung zu bringen. Auch sind die durch die unterlassene Durchsührung bisher den Arbeitern verurtheilten Lohnverluste in vollem Umfange nachzugahlen.

2. Die den Arbeitern in den Arbeitsordnungen zugesprochenen Vergünstigungen wollen die städtischen Arbeiter als Recht gewährt oder aber abgeschafft haben, da es für die städtischen Arbeiter unmöglich ist, sich in jedem Falle bittend an die Behörden zu wenden.

3. Die in der letzten Eingabe der Arbeiter-Ausschüsse geforderte Abänderung der Arbeits- und Lohnordnung stellt das Mindestmaß dessen dar, was gegenüber den gestiegenen Unterhaltungskosten und den sonst allgemein gezahlten Löhnen die städtischen Arbeiter verlangen müssen. Die städtischen Arbeiter ermahnen bestimmt, daß die bestehenden Forderungen durchgängig und Entgegenkommen finden werden. Sie verpflichten sich, mit aller Kraft ihre Organisation auszubauen, um für alle Fälle gerüstet zu sein und alle begründeten Beschwerden ordnungsgemäß den Arbeiter-Ausschüssen vorzulegen. Sie eruchen die beschiedenen Nestoren nicht über einen Ramm zu sprechen, sondern nochmals die allgemeine Arbeitsordnung in den verschiedenen Arbeiterausschüssen durchzuerörtern und zu ergängen.

Schluß der Versammlung 7¼ Uhr.

Aus unserem Fernruf.

Von der Berliner öffentlichen Meinung. Nicht traurige Zustände herrschen noch bei der Verwaltung des öffentlichen Verwaltungswesens. Die Vaternen-angehörigen haben besonders in diesem Winter recht schlimme Erfahrungen machen müssen. Im Wind und Wetter mußten sie auf den Sammelplätzen oft eine halbe bis dreiviertel Stunde stehen, ehe sie zum Angahen über Pöschel der Vaternen weggeschickt wurden. Da ist es denn auch nicht zu verwundern, daß in diesem Winter ganz besonders viel Kranken- und Sterbefälle zu verzeichnen sind, wodurch die Kranken- und Unterhaltungsstellen ganz enorm belastet werden. Wird denn die Verwaltung nicht endlich zu der Einsicht kommen, daß auch die Vaternen-angehörigen zu den Menschen gehören, und Sammelplätze schaffen, wo die Angaher wenigstens vor den Unbilden der Witterung geschützt sind?

Ganz besonders läßt auch die Behandlung der Vaternen-angehörigen viel zu wünschen übrig (einige Corporalstellen ausgenommen) und erinnert dieselbe oftmals an die osterlichen Verhältnisse. Die Androhung der Entlassung geschieht natürlich bei jeder Gelegenheit, bei den geringsten Vergehen legt es Gebührendes und sollen dieselben zuweilen eine ganz enorme Höhe erreichen, wozu der Lohn in gar keinem Verhältnis steht. Eine Kontrolle über die Strafgelder haben die Vaternen-angehörigen auch nicht und schaltet und waltet die Verwaltung damit nach Ansicht der Vaternen-angehörigen ganz nach ihrem Belieben. Angesichts solcher Verhältnisse, denen noch viele andere hinzugefügt werden könnten, sollte man es kaum für möglich halten, daß es unter den Vaternen-angehörigen noch so viel Unwissenheit, es nicht für nötig halten, ihrer Organisation beizutreten. Denn nur eine geschlossene und starke Organisation ist im Stande, hier Wandel zu schaffen und diese Verhältnisse zu bessern.

Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Charlottenburg sollen nach dem nun vorliegenden Antrag des Ortsausschusses in folgender Weise geregelt werden. Von den städtischen Arbeiter-Abteilungen mit Monatslohn erhalten die gewöhnlichen Arbeiter ohne handwerkstypische oder sonstige technische Vorbildung einen Monatslohn von 15 Mk., der in zweijährigen Zeitläufen um je 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 110 Mk. steigt, die handwerkstypische oder sonst technisch vorgebildeten Arbeiter, Kolonnenführer, Sozialarbeiter und Mischarbeiter monatlich 15 Mk., steigend von zwei zu zwei Jahren um je 6 Mk. bis auf 135 Mk. Von den Mannschaften der Feuerwehre erhalten die Feuerwehremänner und Telegraphisten 95 Mk., die Ober-Feuerwehremänner 115 bis 150 Mk. (steigend in je 2 Jahren um 7 Mk.). Die Verhältnisse der Feuerwehremänner, Telegraphisten und Ober-Feuerwehremänner in allen übrigen Bezirken werden ebenfalls geregelt. Die Vorschreiber sollen nach wie vor 10-13 Pf. pro Seite erhalten, doch soll die Steigerung um je 1 Pf. nicht von 3 zu 3, sondern von 2 zu 2 Jahren eintreten. Bei den Maschinen-Arbeitern und den Druckern der Linddruckpressen wird eine Aufbesserung nicht für erforderlich erachtet, ebensowenig für

die Bureau-Hilfsarbeiter und das Unterpersonal der Familienhäuser, des Warts-, Dienst- und Arbeitspersonals im Krankenhaus. Den Lohn der gewöhnlichen Arbeiter erhalten die Arbeiter, Straßenarbeiter, die Arbeiterinnen und Wäsche der Volks-Bade-Anstalt; den Lohn der gelehrten Arbeiter die Desinfektoren, Bade-mäxter und Heizer, sowie die Kolonnenführer der Parkverwaltung; den Lohn der Aufsicher der Feiler und Badermeister der Bade-Anstalt und einige andere. Die Stelmeyer sind nach Stundenlöhnen nach freier Vereinbarung anzunehmen. Die städtischen Hauswarte erhalten 1140 bis 1440, durchschnittlich 1200 Mk. jährlich.

Des weiteren sollen für die neuen Lohnfestsetzungen folgende Maßregeln gelten:

1. Jeder Arbeiter muß mit dem Mindestlohn anfangen.
2. Die Verwaltungs-Deputationen sind ermächtigt, jeden Arbeiter bei guten Leistungen und bei guter Führung in gleichen Raten nach mindestens zweijährigen Zeiträumen bis zum Höchstlohn aufsteigen zu lassen.
3. Diejenigen Arbeiter, die bereits einen höheren Lohn beziehen, als nach den neuen Festsetzungen gewährt werden kann, bestehen den höheren Lohn weiter, unterliegen aber im übrigen den eben erwähnten Bestimmungen.
4. Die gewöhnliche wöchentliche Arbeitszeit umfaßt 10 Stunden. Ueberstunden werden nur dann bezahlt, wenn an einem Tage mehr als eine zu leisten ist. In diesem Falle werden sämtliche getheilten Ueberstunden vergütet, und zwar die Stunde mit 35 Pf. für ungelernete, mit 40 Pf. für gelehrte Arbeiter und mit 45 Pf. für Aufsicher.
5. Die Arbeitszeit der besonderen Heizer der beiden höheren Lehranstalten wird nach dem Bedürfnis bestimmt.
6. In Krankheitsfällen wird bis zu 26 Wochen die Hälfte des Lohns neben dem Krankengeld gezahlt. Nach Verlauf von 26 Wochen hört die Lohnzahlung auf. Den zu militärischen Übungen eingesetzten Arbeitern ist auf die Dauer von höchstens 8 Wochen der halbe Lohn zu zahlen.
7. Soweit vorstehend nicht ausdrücklich Bestimmungen getroffen sind, bleibt die Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter den Sonderverwaltungen überlassen, was namentlich von Arbeitsordnungen, Kleidung u. s. w. gilt. Eine Entlassung derjenigen Arbeiter, welche bereits länger als 10 Jahre im städtischen Dienst sich befinden, ist nur auf Deputationsbeschluß zulässig. Für die im Tage- oder Stundenlohn beschäftigten Arbeiter werden besondere Festsetzungen des Lohns nicht getroffen, die Regelung desselben wird vielmehr dem Magistrat überlassen.

Handlöhne.

Eröffnung des Arbeiterschutzbüros für Bremen und Umgebung. Am 5. März d. J. ist auch in Bremen das Arbeiterschutzbüro mit vorläufigem angestellten Beamten dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Im Interesse der Besucher des Instituts, sowie derjenigen, welche in der näheren oder weiteren Umgebung von Bremen wohnen und das Sekretariat in Anspruch nehmen wollen, sei folgendes mitgeteilt: Das Bureau befindet sich Thierbohrstraße 26, i. gegenüber dem Gerichtsgebäude und wird nur an Wochentagen Vormittags von 11-1 Uhr und Nachmittags von 5-7 Uhr mündliche Auskunft erteilt.

Handarbeit - Maschinenarbeit. Einen interessanten Vergleich zwischen Handarbeit und Maschinenarbeit ermöglicht eine vom amerikanischen Arbeitsbureau auf Grund von Arbeitsbüchern aus Staatsverhältnissen aufgestellte Statistik. Die Herstellungsdauer für gezeugene Säule betrug nach einem aus genannter Statistik vom Patent- und technischen Bureau von Richard Anders in Würzburg gemachten Auszuge im Jahre 1857 bei Handarbeit 98 Stunden, während sie zur Zeit nur 3 Stunden und 40 Minuten in Anspruch nimmt. Halbhohe Schraubenschrauben von 6 Zoll Länge mit Muttern wurden durch Handarbeit 500 Stück in 48 Stunden hergestellt, während dieselbe Anzahl durch Maschinenarbeit in 8 Stunden geliefert wird. Im Jahre 1835 erforderte die Herstellung von 100 Fuß geschweißtem Holz von 4 Zoll lichter Weite etwa 95 Stunden Arbeit, während heute dieselbe Arbeit in 5 Stunden geleistet wird. Ebenso wie die Maschinenarbeit die Herstellungsdauer für eine Sache verringert, so verringert sie bekanntlich auch die Zahl der bei der Herstellung erforderlichen Hände. Ein Beispiel hierfür bietet die Herstellung der Briefumschläge. Eine einzige Maschine verrichtet 5 1/2 Tage die Arbeit von 30 Personen, indem sie das Papier ausschneidet, faltet, gummiert, zu Päckchen von 25 Stück vereiniget und mit einem Streifen umwickelt.

Die Lage des Arbeitsmarktes war im Februar durch die Verarbeitbewegung in Oesterreich und Sachsen merkbar benachteiligt. Nicht nur haben zahlreiche Arbeiter im Königreich Sachsen mit einer Verringerung der Beschäftigungsgelagen rechnen müssen, nach der Berliner Volksmonatsschrift. Der Arbeitsmarkt in auch der Rückgang des Beschäftigungsbedarfes der Sachsen hinaus auf dem gesammten deutschen Arbeitsmarkt wahrzunehmen gewesen. Die Ängern der Arbeiterbewegung lassen diese Abwägung des Beschäftigungsbedarfes insofern nicht zum Ausdruck gelangen, als der Arbeitsmarkt für weibliche Personen günstig liegt. Auf 100 Stellensuchen kamen im Februar dieses Jahres nur 71,2 Angebote gegen 89,9 in der nämlichen Zeit des Vorjahres. Dagegen hat sich bei den männlichen Arbeitern die Lage in wesentlich unangünstiger Richtung verschoben. Ramen im Februar 1899 auf 100 offene Stellen nur 127,0, so die Zahl der 133,0 Angebote. Auch die Ängern der Krankenversicherer weisen die Wendung zu einem Nachgeben des Beschäftigungsbedarfes auf. Von Januar auf Februar 1899 nahm die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1,6 pCt., in der nämlichen Zeit dieses Jahres nur um 0,2 pCt. zu. Man wird diese Abwägung vorläufig nur als eine Folge des Rohmaterialmangels ansehen müssen und noch keine weiteren Konsequenzen daran schließen dürfen. Gleichwohl werden sich da und dort Störungen des Arbeitsmarktes, die einer Fortdauer der

guten Konjunktur hinderlich werden können. Das Berliner Eislergewerbe liegt seit der allgemeinen Auslieferung häufig darnieder, im Baugewerbe stehen sich Arbeiter und Arbeiter in einer Stimmung gegenüber, die den Ausbruch schwerwiegender Kämpfe nicht ausgeschlossen erscheinen lassen. Der Horizont des Arbeitsmarktes ist nicht freundlich genug, um die Unruhm im Februar einfach als eine schnell vorübergehende Erscheinung bezeichnen zu können.

Neue Trambahner-Klagen. Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt: Die hiesigen Trambahnarbeiter sind durch die Übernahme des Betriebs in städtische Regie wirklich vom Wege: unter die Traufe gekommen. Und sie erhofften doch alle so viel von der „demokratischen Stadtverwaltung“, als von dem Übergang des Betriebes in die Hände der Stadt gesprochen wurde. Jedes freie Wort ist unterdrückt! Die Kräfte werden übermäßig ausgenutzt, Sonntagshinberei ist an der Tagesordnung, obwohl man in der Stadtverwaltung so viel von Sonntagstruhe spricht. Wer es wagt, sich gegen diese unerhörte Ausbeutung und Antreiber auch nur auszusprechen, steigt hinaus! Die Herren Hales, Geul und Kiele haben überall ihre Potsherer stehen, die Geul jedes Wort aufsitzen und ihren Amtsträgern hinterbringen. Vor Monaten hatten die geachteten Trambahner bekanntlich eine Nachversammlung im Storch einberufen. Der Einberufer wurde geknüttelt, sogar ohne Lohn fortgesetzt. Nach langer Mühe hat man sich endlich im Prozeßwege dazu verständigt, dem Wanne 14 Tage Lohn auszusagen. Der Mann mügte aber dem Inspektor versprechen, ja nichts davon an die Öffentlichkeit zu bringen, auf seinen ehemaligen Kollegen nicht mehr einzulassen, ja nicht einmal den Namen zu nennen, sondern „Bagenpuyer“ sein könnte. Diese Maßregelung tief unter den Trambahner große Erregung hervor, zumal der Entlassene allgemein beliebt, ein langjähriger, nützlich und auch gebildeter Beamter war. Man hat den Mann so lange „beobachtet“, d. h. distanziert, bis er „reif“ zur Entlassung war. Sind das nicht nette Zustände! Es lebt die kommunale Sozialpolitik.

Litterarisches.

Meyers Handatlas. Die zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage von Meyers Handatlas (mit 118 Kartenblättern, 9 Textbeilagen und Register aller auf den Karten und Blättern vorkommenden Namen), Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien, ist vor Kurzem vollständig erschienen. Der vorzüglich und zweckdienlich ausgestattete Buchatlas steht vollkommen auf der Höhe seiner Ausgaben, und er entspricht vermöge seiner wissenschaftlichen und praktischen Ausgestaltung den modernen Anforderungen in allen Beziehungen. Als ein besonderes Verdienst muß es angesehen werden, daß die Herausgeber den im Vordergrund des politischen Tagesinteresses stehenden kolonialen Beiträgen und dem dadurch gesteigerten Orientierungsbedürfnis in seines Verhältnisses entgegengebracht haben (verleihe die neuen Karten von Kamerun, Togoland, Französisch-Guineen, Britisch-Nordamerika etc.) Von aktuellem Interesse ist neben der im großen Maßstab gehaltenen Karte von Ostafrika die Karte: Sahara mit dem Karton von Nasa. Interessant veranschaulicht ferner die graphische Darstellung von Äquatorial-Afrika, unter anderem auch die von dem Deutschen Reich gegen den Kongogebiet beanspruchte Grenze am Äquator. Den Fortschritten der deutschen und englischen Eisenbahnbauten in Afrika ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet und unsere letzten kolonialen Erwerbungen durch die Spezialkarte der Marsball, Karolinen, Palau- und Marianen-Inseln (mit Karten der wichtigsten Inselgruppen) Rechnung getragen worden. — Jügen wir noch hinzu, daß die Behandlung der öffentlichen Verkehrsmittel, Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen (Kabel), nach offiziell in Material erfolgt ist; im Anschluß daran gewährt das Fotolithat Weltkarte eine vortreffliche Uebersicht über die heutigen großen Verkehrswege und Mittel. Als nicht geringe Neuerung endlich ist die Vergabe eines erscheidenden Namentzettel, das die Brauchbarkeit des Meyers Handatlas weitlich erhöht, hervorzuheben. Er gibt es, 75 000 geographische Namen alphabetisch zu ordnen und, wo nötig, durch entprechende Zugabe näher zu bezeichnen. Kurz, Meyers Handatlas wird sich in der noch wie zuvor in Schule und Haus, in den Stätten geistiger Arbeit das Bürgerrecht dauernd sichern, und in allen Fällen, in welchen eine zuverlässige Orientierung nicht von der Hand zu weisen ist, dürfte sich dieser Buchatlas aufs Beste bewähren. Der Preis für den in Halbleder gebundenen Band beträgt 18,50 Mk., daneben besteht auch eine Vorkaufsausgabe in 88 Heften zu je 30 Pf.

Der 5. Jahresbericht des Nürnberger Arbeitersekretariats ist erschienen. Der Bericht weist auf einen Umfang und Reichhaltigkeit mit allen seinen Vorgängern und bietet eine Fülle von Material für die Kunde der Arbeiterverhältnisse. Ueber die Menge des auf mehr als 100 Seiten Gegebenen bleibt das Inhaltsverzeichnis Auskunft, aus dem wir hervorheben: Zur Lage der Nürnberger Arbeiterverhältnisse. Zur Entwicklungsgeschichte der Arbeitervereine in Nürnberg. Zur Lage der Staatsarbeiter. Frage des Bauarbeiterstreiks. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Zimmerergewerbe. Erhebung über die Lage der Steuer der. Die Geschäftsgemeine der Nürnberger Arbeitervereine. Dann folgt der sehr umfangreiche, mit vielem typographischen Material ausgestattete Bericht der Sekretäre und anderer. Der Bericht stellt aus der neuen Zeitgenossen, welche den Wert für die Arbeiter ein gut gezieltes Arbeitersekretariat haben kann.

Die Sozialistischen Monatshefte (Erscheint Berlin W., Wiedlischstr. 23) haben ihr Märzheft erschienen

lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Victor Fraenkel: Zum Fall Kronos. — Carl Legien: Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. — Adolf von Elm: Organisationsstarke. — Von de Sellsac: Die Sozialistenbewegung in Frankreich. — Bruno Voerlich: Lokale oder zentrale Gewerkschafts-Organisation? — Stefan Karst: Geschichtspolitologisches zur Bernsteins-Frage. — George Sorel: Ueber die kapitalistische Konzentration. — Von Keritenberg: Versuch einer materialistischen Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Kunst. — Mundschau: Dessenliches Leben. — Räder.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1 50 Mk. Für Gewerkschaftsmitglieder ist der Abonnementspreis von 1,50 auf 1 Mk. pro Quartal ermäßigt. Zu beziehen nur vom Verlag, Berlin W., Wiedlischstr. 23.

Versammlungs-Anzeiger.

Allien, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Berlin I. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats. Abends 8 Uhr.

Berlin II. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin III. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin IV. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin V. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin VI. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin VII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin VIII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin IX. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin X. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XI. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XIII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XIV. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XV. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XVI. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XVII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XVIII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XIX. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XX. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXI. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXIII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXIV. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXV. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXVI. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXVII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXVIII. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXIX. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Berlin XXX. (Kuhle Wassertor). Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Nacht. Abends 10 Uhr.

Griefkasten. Infolge einer dringenden Reise des Redakteurs nach Süddeutschland, war es nicht möglich, alle eingelaufenen Notizen zu bearbeiten. Einige derselben mußten daher für die nächste Nummer zurückgelegt werden.

Achtung! Vom 1. April ab befindet sich die Redaktion und der Verlag der „Gewerkschaft“ sowie das Verbandsbüro in Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25. (Postal III.)

Zur Beachtung! Berichte, Notizen etc., welche noch in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche vor Erscheinen derselben in den Händen der Redaktion sein. Jedoch können sie nur dann bestimmt auf Aufnahme hoffen, wenn sie einer größeren Umarbeitung nicht bedürfen. — Bei allen Einwendungen ist darauf zu achten, daß sie auf einen besonderen Vorzug geschrieben und nicht mit Mitteilungen für den Verbands-Vorstand verbunden sind. Außerdem ist stets nur die eine Seite des Papiers zu beschreiben.

Achtung! **Markthallen-Arbeiter Berlins!** Der Kollege Berföly hat sein Amt als Vorsitzender niedergelegt und ist daher der Kollege Dieke gewählt worden. Der Vorsitzende Dieke wohnt Elisabethstr. 29.

An die Mitglieder der Filiale Magdeburg III. Wir eruchen die Kollegen bei der am 7. April, 8 Uhr Abends in Fates Lokal, Knochenhauerufer 27/28 stattfindenden

Vierteljahres-Versammlung die Karten mitzubringen, um die Karten abzurufen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Kollegen von der Werkstatt einschließend Holzleger und Wasserwerks-Arbeiter zur Filiale III. gehören.

Der Vorstand.

Statt besonderer Meldung zeigen hiermit an:
Emilie Köpnaß
geb. Buchholz
Ernst Friesse
Verlobte.
Egel, im März 1900.

MEYERS HAND-ATLAS.

In zweiter neu bearbeiteter Auflage erschienen:

Mit 118 Kartenblättern, 9 Textbeilagen und Register aller auf den Karten und Plänen vorkommenden Namen.

In Halbleder geb. 18 Mk., 50 Pf. oder in 88 Lieferungen zu je 30 Pf.

Die erste Lieferung zur Ansicht, Prospekt gratis durch jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Rathschläge

in
allen Organisations- und Agitations-Fragen

ertheilt jederzeit die
Geschäftsstelle des Verbandes

(Adresse: Hr. Voerlich)

Berlin, Wiedlischstraße 49.

Öffnungszeiten von 9—1 Uhr Vormittags.

Überall

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

Süddeutscher Postillon

übernehmen können. **Süchtige Bedingungen.** Weitere Auskunft ertheilt auf schriftl. Anfrage **M. Groß, Verlag, München, Senefelderstr. 4.**

MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON

10.500 Abbildungen.

Mehr als 147.000 Artikel u. Verweisungen.

== Vollständig liegt vor ==
in 6. neu bearbeiteter und vermehrter Auflage:

8 Bände
14 Hefen
1600 Seiten
22 1/2 Bände

Probhefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig
Mit 1088 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Voerlich, Berlin, Wiedlischstr. 49
Druck von Maurer & Pimmich, S., Posten-11er 11.